

## **Presseinformation**

10. August 2025

### **Fragen erörtert und weiteres Vorgehen vereinbart**

Vertreter des CDU-Kreisvorstands haben am Wochenende mit Caroline Bosbach gemeinsam verschiedene Themen im Zusammenhang mit gegen sie erhobenen Vorwürfen intensiv diskutiert und weitere Schritte vereinbart. Kreisvorsitzender Dr. Hermann-Josef Tebroke zeigte sich nach dem offenen Austausch überzeugt: „So können wir die nötige Transparenz und Aufklärung leisten.“ Neben Tebroke waren Kreisschatzmeister Martin Lucke, Kreisgeschäftsführer Lennart Höring und von der Bergisch Gladbacher CDU Dr. Michael Metten und Dr. Oliver Schillings bei dem Gespräch dabei.

Caroline Bosbach ergänzte: „Es tut mir sehr leid, dass durch die mediale Berichterstattung rund um meine Person und die in diesem Zusammenhang unbegründet erhobenen Vorwürfe auch vor allem die Wahlkämpfer und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker belastet werden. In dem kurzen und intensiven Bundestagswahlkampf habe ich vielen Personen zu Recht vertraut, leider auch den falschen, was ich natürlich heute sehr bedauere. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Ermittlungen ergeben werden, dass ich mich nicht ‚bereichert‘ habe und vor allem der Partei kein Schaden durch mich entstanden ist. Die Spende an die CDU habe ich auf Empfehlung meiner Anwälte überwiesen, um von Beginn an und schon im Ansatz dem unzutreffenden Eindruck entgegenzuwirken, ich hätte mich auf Kosten der Partei bereichern wollen. Dies war zu keiner Zeit der Fall.“

Vereinbart wurde, dass die Beweise, die den Vorwurf einer Scheinrechnung und den des Stimmenkaufs widerlegen, in den nächsten Tagen vom Kreisgeschäftsführer der CDU und einem unabhängigen Prüfer eingesehen werden.

Hermann-Josef Tebroke betonte: „Die Fragen, die wir klären konnten, sind beantwortet – bei allen weiteren obliegt die Prüfung jetzt der Staatsanwaltschaft Köln, die sowohl von Caroline Bosbach und als auch von der Kreispartei bereits alle relevanten Unterlagen erhalten hat. Das Ergebnis dieser unabhängigen staatsanwaltlichen Ermittlung gilt es jetzt abzuwarten. Die mediale Vorverurteilung verstößt gegen unsere rechtsstaatlichen Prinzipien. Wir konzentrieren uns auf die politische Arbeit und den engagierten Kommunalwahlkampf, um gemeinsam für den Kreis und unsere Kommunen das Beste zu erreichen.“